

„Wir wollen wohnen!“ – Bündnis mobilisiert Mieter in ganz NRW

„Wohnraum für Familien!“, auch wenn das selbstgezeichnete Schild eine klare Botschaft enthält, versteckt sich der Träger, ein kleiner Junge, der mit seinem Vater zur Kundgebung des Aktionsbündnisses „Wir wollen wohnen!“ gekommen ist, noch etwas verlegen dahinter. Er ist nur einer von rund 3.000 Besuchern, die an diesem Tag in Köln auf dem Heumarkt ihrem Unmut über steigende Mieten und Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt Luft machen. Nicht nur junge Familien, auch Mieter-Initiativen aus ganz NRW, Mitglieder fast aller Parteien, kirchliche Vertreter und nicht zuletzt ein paar Obdachlose zeigen auf Plakaten und Schildern, was sie von der Mietenpolitik in NRW und den Geschäftspraktiken gerade der großen Wohnungsunternehmen halten.

Hans-Jochem Witzke, der Sprecher des Bündnisses „Wir wollen wohnen“, einem Zusammenschluss aus Mieterbund, Wohlfahrts- und Sozialverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, bringt es an diesem Tag auf den Punkt: „Wo Märkte außer Rand und Band geraten



Hans-Jochem Witzke (l.), Vorsitzender des Landesverbands NRW und Sprecher des Bündnisses „Wir wollen wohnen!“, und Sigrid Wolf, DGB-Regionsgeschäftsführerin, stellen die Kampagne in Düsseldorf vor

sind, da muss man eingreifen!“ Er forderte deshalb neben dem Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum den Erhalt und den Ausbau von Mieterrechten. Daneben kritisierte er Portale wie Airbnb, die die Lage noch zusätzlich verschärften. Denn dort wird Wohnraum dauerhaft als Ferienwohnung angeboten und damit dem Wohnungsmarkt vollständig entzogen.

„Die Situation ist unerträglich“, macht auch Franz-Xaver Cor-



Hans-Jochem Witzke (r.) spricht auf der Kundgebung



Auch in Bielefeld ist die Lage nicht rosig



Bezahlbare Mieten für alle, das fordern die Bündnispartner

neth, Vorsitzender des Kölner Mietervereins, deutlich. „Es fehlen zwischen 70.000 und 80.000 vor allem bezahlbare Wohnungen.“ Für ihn sei es ein Unding, dass in Köln viele Menschen das

halbe Einkommen alleine für ihre Miete ausgeben müssten. Die Kundgebung auf dem Heumarkt war nur eine von vielen Aktionen, die das Bündnis für den Erhalt von Mieterrechten auf



Der Miethai ist von Mietendemos nicht mehr wegzudenken



Wohnen auf der Straße? So weit soll es nicht kommen, das fordert auch der DGB

die Beine gestellt hat. In insgesamt 13 Städten in NRW wurden mit Hilfe der örtlichen Untergliederungen der Bündnispartner Unterschriften gesammelt und es wurde zudem öffentlichkeitswirksam für den Mieterschutz mobilisiert. Viele kamen aber nicht nur, um zu unterschreiben, sondern schilderten in persönlichen Gesprächen die eigenen Erfahrungen mit steigenden Mieten, aussichtslosen Wohnungssuchen oder einer Eigenbedarfskündigung.

In einigen Städten sind sogar Bürgermeister und Oberbürgermeister der Einladung des Bündnisses gefolgt, um deutlich zu machen, dass die eigene Kommune sich in der Pflicht sieht, bei der Wohnraumversorgung Lösungen anzubieten.

Das überragende Medienecho der Kampagne, aber auch des Themas „Wohnen“ insgesamt, macht deutlich, dass es sich hierbei längst nicht mehr um ein Problem Einzelner handelt. Die Wohnungsnot ist tatsächlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Nicht nur Auszubil-

dende und Studenten suchen erfolglos in Deutschlands Großstädten nach einer bezahlbaren Bleibe, auch Familien aus mittleren Einkommensgruppen oder ältere Menschen, die auf der Suche nach einer barrierefreien Wohnung sind, müssen bei dem Preisniveau vielerorts passen.

Dabei zeigt die jüngste Entwicklung, dass sich die Lage inzwischen auch über die Grenzen der großen Metropolen hinweg anspannt. So stiegen die Mieten vor allem in den kleinen und mittelgroßen Städten rund um die großen Metropolen und in deren Umland.

Eine Wende auf dem Wohnungsmarkt scheint nicht in Sicht. Der Zuzug nach NRW wird wohl auch in Zukunft anhalten und – anders als lange prognostiziert – steigen in vielen Regionen die Geburtenzahlen. Auch die Zunahme von Singlehaushalten führt zu einem höheren Flächenverbrauch pro Kopf.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung reagiert auf diese Entwicklung, indem sie verstärkt auf den Neubau von

Wohnraum setzt. Zuletzt mit dem Programm „Bauland an der Schiene“. Auf bislang ungenutzten Flächen in der Nähe von Bahnhöfen sollen so neue Wohnungen entstehen. Demnach gibt es mindestens 2.500 Hektar Fläche in NRW, die für Wohnungsbau in Frage käme und maximal drei Kilometer von einem Bahnhof entfernt liegt.

Auch das auf Initiative des Mieterbundes gegründete Aktionsbündnis unterstützt die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum. Daneben setzt man sich hier aber auch für den Erhalt und den Ausbau von Mieterschutzrechten ein, die die Landesregierung, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, einschränken will.

Einen ersten Erfolg konnte das Mieterbündnis bereits verzeichnen: So gab die zuständige Ministerin, Ina Scharrenbach, im März bekannt, dass die landesrechtliche Regelung, die den Mietenanstieg in bestehenden

Mietverhältnissen verlangsamt (sogenannte Kappungsgrenzenverordnung), nicht wie zunächst beabsichtigt, zum 31. Mai auslaufen soll, sondern um ein Jahr verlängert wird.

Auch beim Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG), das laut Koalitionsvertrag „überprüft werden sollte“, könnten die Zeichen auf Mieterschutz stehen. Die Autoren des zur Überprüfung in Auftrag gegebenen Gutachtens stellen sich klar hinter das Gesetz. Im Text heißt es: „Aus Sicht der Gutachter besteht kein grundlegender Änderungsbedarf beim WAG. Vielmehr hat sich das WAG in seiner bisherigen Fassung bewährt.“ Für einen Teil der Städte und Gemeinden, die es angewendet hätten, sei es als Instrument der Politik sogar unverzichtbar. Bleibt nur noch zu hoffen, dass dies der Landtag genauso sieht und sich für den Erhalt und die Verbesserung dieses Gesetzes zum Schutz vor Leerstand, gewerblicher Ferienvermietung und Verwahrlosung ausspricht.

Für viele Mieter wird das aber nur ein schwacher Trost sein. So hat die Landesregierung bereits angekündigt, dass nun nicht mehr wie bisher 59 Städte von einer gesenkten Kappungsgrenze profitieren, sondern nur noch 37. Für den Mieterbund in NRW ist dies eine nur schwer nachzuvollziehende Entscheidung: „Wir wissen, dass das Mietniveau insgesamt in NRW in der Vergangenheit gestiegen ist, die Zahl der berücksichtigten Kommunen müsste eigentlich noch steigen“, kritisierte Hans-Jochem Witzke.

Unter solchen Vorzeichen ist also auch in Zukunft mit Protesten betroffener Mieter – nicht nur in NRW, sondern deutschlandweit – zu rechnen. ■



Wem soll die Stadt in Zukunft gehören? Investmentgesellschaften oder den Menschen, die hier leben?

Die Onlinepetition des Bündnisses „**Wir wollen wohnen!**“ läuft noch bis zum 26. Juni unter folgendem Link:
<https://weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen>